

KÖNIGSWINTER

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

17. Oktober 2008

www.kas.de

60 Jahre Soziale Marktwirtschaft – Was nun?

„POLITIK AM MITTAG“ DES ARBEITNEHMER-ZENTRUMS KÖNIGSWINTER (AZK)
DER STIFTUNG CHRISTLICH-SOZIALE POLITIK E.V.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zunächst einen herzlichen, kollegialen Gruß von Stiftung zu Stiftung! Es ist mir eine Freude, heute in diesem Haus und vor Ihnen sprechen zu dürfen.

Ohne die christliche Arbeitnehmerschaft, ohne die Sozialausschüsse, denen ich seit Jahrzehnten angehöre, wäre es der Union nach 1945 nicht gelungen, eine Partei neuen Typs zu schaffen: die erste Volkspartei in der deutschen Geschichte.

Ein Jakob Kaiser, ein Karl Arnold, ein Johannes Albers, eine Elfriede Nebgen oder auch ein Adam Stegerwald haben daran großen Verdienst und dürfen nicht vergessen, sondern müssen erwähnt werden. Es entstand der Gedanke der Sammlung einer breiten Mitte mit christlich-sozialen, liberalen und konservativen, wertkonservativen Wurzeln.

Ohne die Unterstützung – ich zitiere Konrad Adenauer auf der 9. Bundestagung der Sozialausschüsse 1961 hier in Köln – „eines großen Teils der Arbeitnehmerschaft ... hätte die Union die politischen und wirtschaftlichen Erfolge ... nicht erreicht“, und er fügte hinzu: „Wir können nicht ... weiterkommen, wenn der Partei nicht das Vertrauen breiter Schichten der deutschen Arbeitnehmerschaft ... erhalten bleibt.“ Diesen Satz von 1961 kann man 2008 ohne jede Einschränkung wieder zitieren. Er gilt auch heute. Die Union kann nicht weiterkommen, wenn die Partei das Vertrauen breiter Schichten der deutschen Arbeitnehmerschaft verliert.

Dem Gründungsimpuls ist hier in Nordrhein-Westfalen besondere Bedeutung zugekom-

men. Die Union hat nachhaltig und wie keine andere Partei dazu beigetragen, unser Land aufzubauen, die Not zu überwinden und Wohlstand zu schaffen. Sie hat das wirtschafts- und sozialpolitische Konzept von Ludwig Erhard übernommen.

Wir erinnern daran – den Jüngeren muss man ja erklären, was die Bizone war und was dieses Konzept bedeutet –, dass Ludwig Erhard in der Nachtsitzung vom 17. zum 18. Juni 1948 in Frankfurt Leitsätze verabschiedet hat, die der Sozialen Marktwirtschaft das Tor öffneten. Ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich sage: Hätte er damals den Beschluss eines CDU-Bundesparteitages, die es noch gar nicht gab, bedurft, bin ich mir nicht sicher, ob er dort eine Mehrheit gefunden hätte. Ich rufe nur das Stichwort Ahlener Programm in Erinnerung, selbst wenn dieses Ahlener Programm von unseren politischen Gegnern immer zu Unrecht als ein Programm der Gesamt-CDU dargestellt wird und doch nur ein Vorbereitungstreffen der nordrhein-westfälischen Landtagsfraktion skizziert.

Als „chancenlos“ hat der Leiter des Internationalen Währungsfonds die D-Mark bei ihrer Einführung vor 60 Jahren bezeichnet, als „schlechten Witz“ ein ausländischer Notenbankchef. Heute tut es gut zu wissen: Finanzbankleute und Bankiers haben auch früher schon geirrt. Das sei uns zum Trost gesagt.

Auch andere entscheidende Weichenstellungen in der Geschichte der Bundesrepublik fanden zunächst keine Mehrheit: die Wiederbewaffnung 1953, der NATO-Doppelbeschluss 1983, auch die Einführung

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

KÖNIGSWINTER

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

17. Oktober 2008

www.kas.de

des Euros in der Amtszeit von Helmut Kohl, hätten keine Mehrheiten gefunden. Sie lehren mich bis zum heutigen Tag, dass eine Partei gut beraten ist, auf die Wählerschaft zuzugehen, zu hören, was sie denkt, meint, will und verwirft. Sich aber ebenso bewusst zu sein, dass eine Partei nicht nur den Willen des Wählers zu beachten hat, sondern auch den Auftrag, Führung auszuüben und als richtig Erkanntes in der Bevölkerung mehrheitsfähig zu machen.

Niemand hätte 1948 das Werk Ludwig Erhards für mehrheitsfähig gehalten. Als es gelungen war, haben es alle gelobt. Sogar die Konkurrenz hat 1959 durch das Godesberger Programm ihren Frieden mit der Sozialen Marktwirtschaft gemacht, nachdem 1949 die damals sehr zutage liegende Chance einer großen Koalition im Wesentlichen daran gescheitert ist, dass Konrad Adenauer nicht bereit war, auf Ludwig Erhard als Wirtschaftsminister zu verzichten. Es war seine Bedingung für eine große Koalition – in Zeiten der Not eine realistische Vorstellung –, die Bedingung Kurt Schumachers war die Beanspruchung des Wirtschaftsministeriums und die Aufgabe der Sozialen Marktwirtschaft.

Heute ist die Soziale Marktwirtschaft in aller Munde, aber kaum einer weiß mehr, wie ihr Kerngedanke lautet. Ich zitiere Ludwig Erhard: „Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin!“

Bis zu aktuellen Themen von heute kann man die Philosophie, die Ethik der Sozialen Marktwirtschaft nicht besser ausdrücken als in diesen wenigen Sätzen. Am Anfang und im Mittelpunkt steht der Mensch, nicht der Staat. Der Staat ist um des Menschen willen da und nicht der Mensch um des Staates willen. Aber dem Staat kommt die Aufgabe zu, dafür zu sorgen, dass der Mensch seine eigenen Kräfte entfalten kann. „Sorge du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin!“ Oder anders, mit Konrad Adenauers vor fünfzig Jahren geprägtem Satz, ausgedrückt: „Jeder ist wichtig, keiner darf verloren gehen.“

Der Respekt vor der Würde des Menschen, seinem Anspruch, das Leben nach den eigenen Maßstäben verantwortlich gestalten zu können, das ist jenseits aller Ökonomie zum Kern des neuen freiheitlichen Wirtschaftsmodells und zum Fundament unserer demokratischen Ordnung geworden. Deswegen gehören Soziale Marktwirtschaft und das Grundgesetz – ein paar Monate später hier in Bonn erarbeitet – zusammen.

Lange hat es gedauert, bis andere diesem Weg folgten. Aber legen Sie auch heute – das tun leider wenige – die Parteiprogramme von SPD und CDU nebeneinander. Ich bedauere immer ein wenig, wenn es ein neues Programm gibt, ein paar Monate wird darüber heftig diskutiert und gestritten, zum Schluss wird es einstimmig verabschiedet und dann wandert das Programm in die Schubladen. Ich habe in den ganzen Auseinandersetzungen der letzten Monate von den Parteiprogrammen wenig gehört. Legen Sie also die beiden Programme nebeneinander. Die Aussagen über Staat und Individuum unterscheiden sich nach wie vor: Die einen wollen einen vorsorgenden Staat, der weiß, was dem Menschen nützt, ehe er es selber weiß; die anderen wollen einen nachdenklichen Menschen, der die Hilfe des Staates subsidiär in Anspruch nimmt, um sein Leben selbst gestalten zu können. Das steht so ganz eindeutig in den Programmen, die CDU und SPD sich in den letzten Monaten gegeben haben.

Die christlich demokratische Bewegung kann in der Tat mit Stolz auf 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft zurückschauen. Wenn sie heute vor neuen Herausforderungen steht, dann hat sie keinen Grund, die Geschichte dankbar abzuhaken, sondern sie kann auf diesen Grundelementen aufbauend die Probleme von heute angehen und lösen. Da ist nicht nur die Bankenkrise, es sind auch die Globalisierung, die Umwelt, die demographische Entwicklung und anderes mehr.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Soziale Marktwirtschaft beim Aufbau des Trümmerhaufens Deutschland erfolgreicher war als beim Umbau eines anderen Wirtschaftssystems. Nach 1945 war es relativ leicht, Ludwig Erhard zu wählen, denn er

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

KÖNIGSWINTER

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

17. Oktober 2008

www.kas.de

stand nicht nur für das richtige Konzept, sondern auch für den von jedem nachzuvollziehenden Erfolg.

Wir haben erfahren: Manchmal ist Umbau schwieriger als Neubau. Es ist notwendig gewesen, sozialistische Zentralwirtschaft zu Sozialer Marktwirtschaft umzubauen, aber aus begreiflichen Gründen blieb der laute Beifall aus. Wer genau nachdenkt, ist darüber nicht so überrascht, wie manche sich heute geben.

In allen deutschen Universitätsbibliotheken konnten Sie 1989 Bücher entleihen, wie man aus Kapitalismus Sozialismus macht. Ein Buch, wie man aus Sozialismus Soziale Marktwirtschaft macht, gab es nicht zu entleihen. Jetzt werden sie geschrieben, von klugen Leuten, die wissen, was wir alles falsch gemacht haben. Ich lese diese Bücher mit großem Interesse und räume ein: Wir haben auch manches falsch gemacht, nur nehme ich in Anspruch, dass wir Hand angelegt und gehandelt haben!

Es gab ein Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, eines für gesamtdeutsche Antworten hat es nicht gegeben. Niemand hatte einen Plan, wie man über Nacht Länder wieder erstehen lässt und aus einer Planwirtschaft, die kurz vor dem totalen Ruin stand, blühende Landschaften macht. Nach der deutschesten aller deutschen Methoden, in solchen Fällen Kommissionen zu berufen, sie nach ihrem Vorsitzenden zu benennen und sich nach zwei Jahren mit ihren Ergebnissen zu befassen, konnten wir nicht handeln – 1989/90 und in den folgenden Jahren nicht.

Natürlich sind Fehler gemacht worden. Eine Situation, bei einer zweiten Wiedervereinigung alles besser zu machen, wird hoffentlich nie eintreten, aber wir können uns bescheiden: Letztendlich hat die Soziale Marktwirtschaft obsiegt. Nicht die ganze ehemalige DDR blüht, aber blühende Landschaften gibt es auch in den neuen Ländern. Ich lade Sie ein, sich in Jena, in Weimar, Erfurt, Dresden, im Chemie-Dreieck Sachsen-Anhalt oder im Umland von Berlin umzuschauen.

Die Zustimmungswerte zur Sozialen Marktwirtschaft gehen zurück – zum ersten Mal

sogar in einer Phase des Aufschwungs. Auch das muss man am 60. Geburtstag feststellen. Nur noch knapp ein Drittel der Deutschen hat laut Umfragen eine gute Meinung von der Sozialen Marktwirtschaft, immer weniger trauen ihr zu, in einer globalen Welt die Antwort auf die Zukunftsfragen Deutschlands zu wissen.

Die Bankenkrise hält uns, hält die Welt seit einigen Wochen in Atem. Unvorstellbares ist geschehen. Wenn die Berichte vom vergangenen Wochenende stimmen, stand die Welt am Rande der allgemeinen Zahlungsunfähigkeit – mit entsprechenden Folgen für die Konjunktur der Weltwirtschaft und damit auch für Deutschland.

Inzwischen gibt es, nachdem allorts staatliche Rettungspakete geschnürt sind, erste Anzeichen der Entspannung. Die heutigen Meldungen von der Börse besagen, dass mit einem deutlichen Plus der letzte Börsentag dieser Woche in Deutschland begonnen hat. Daimler und BMW haben um mehr als fünf Prozent zugelegt und der größte Gewinner ist – lachen Sie nicht – Hypo Real Estate! Das heute nur aus aktuellem Anlass.

Und dennoch müssen wir, bei aller Freude über die gelungene Soziale Marktwirtschaft, uns im Augenblick mit diesen Fragen beschäftigen. Die Geburtstagsfeier ist ein wenig verhaselt, aber das ernsthafte Nachdenken ist notwendiger denn je. Was geschieht?

Der Staat sieht sich genötigt, die Einlagen der Sparer – zusätzlich zu den Sicherungsfonds der Banken – zu garantieren. Wir sind Zeugen, wie ein rund 500 Milliarden Euro starkes Rettungspaket für gefährdete deutsche Banken binnen weniger Tage, um nicht zu sagen Stunden, durch das Gesetzgebungsverfahren gebracht wird. Wir sind Zeuge, dass der Staat für Kredite bürgt, die sich Banken untereinander nicht mehr zu gewähren wagen.

Aber wir müssen uns vor allem sagen: Es geht jetzt nicht um Hilfe für Banken, sondern es geht darum, schwersten Schaden für uns alle zu verhindern. Und es muss überlegt werden, was in dieser Situation verantwortlich ist und in dieser Situation zu geschehen hat.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

KÖNIGSWINTER

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

17. Oktober 2008

www.kas.de

Es scheint wie eine verkehrte Welt: Banken und Börsianer fordern staatliche Investitionen. Rettungspakete im Umfang von mehrstelligen Milliardenbeträgen lassen einen fast schwindlig werden. Unüberschaubare Verlustmeldungen sind bekannt gegeben worden. Wer konnte zulassen, dass so etwas geschieht? Soll jetzt wirklich die Allgemeinheit für die Fehler weniger bluten? Werden jetzt Hasardeure belohnt? Ich verstehe sehr wohl, dass bei manchen Wut ausbricht und viele Fragen – schon gar nicht in einfachen kurzen Sätzen – zu beantworten sind.

Deutschlands Wirtschaftsinstitute erwarten für 2009 nur noch ein Nullwachstum. Die Bundesregierung ist einen Hauch mutiger und spricht von einem Wachstum von 0,2 Prozent, aber alle Verantwortlichen rechnen mit den wirtschaftlichen Folgen der finanziellen Katastrophe.

Ich glaube, wenn wir nicht sehr aufpassen, dann – ich will es vorsichtiger sagen: könnte dies zur Stunde von Populisten und Demagogen werden. Eine große deutsche Zeitung, immerhin das „Handelsblatt“, hat bereits eine „Glaubenskrise“ unserer Wirtschaftsordnung ausgemacht.

In der Tat hat die Finanzkrise das Zeug zu einer Bedrohung nicht nur unserer Wirtschaft, sondern unserer Gesellschaftsordnung zu werden, wenn wir nicht wachsam sind. Ich appelliere an die nicht überentwickelte Fähigkeit bei uns, in Notzeiten statt Angst Wachsamkeit und Widerstand zu entwickeln.

Letztlich sind nicht unsere Gegner das Problem, sondern wir, weil wir uns nicht genügend mit ihnen auseinander- und gegen sie zur Wehr setzen.

Die wirtschaftlichen und fiskalischen Folgen der Finanzkrise sind vollständig noch nicht absehbar, aber ihre Konsequenzen für die geistig-politische Auseinandersetzung stehen uns bereits deutlich vor Augen: Je größer die Auswirkungen sein werden, desto mehr sind wir gefordert, uns zu positionieren. Mit „uns“ meine ich nicht nur jeden von uns und die Parteien, sondern beispielsweise auch die Politischen Stiftungen.

Für manchen sind die Ereignisse, wie Sie beobachten können, ein gefundenes Fressen. Mit mühsam unterdrückter Selbstzufriedenheit sagen sie: So sei eben der Kapitalismus, so sei die Marktwirtschaft: geldgierig und verantwortungslos. Unverhohlen wird vor allem von den Linken die Systemfrage gestellt, ganz so, als hätte ihr System nicht weltweit Schiffbruch erlitten. Sie proklamieren den Schiffbruch unseres Systems, aber sie argumentieren für ein weltweit gescheitertes System des Sozialismus. Das muss gesagt und in die Bevölkerung hineingetragen werden.

Auch Rechtsradikale wittern Morgenluft. Aber das lasse ich – nicht etwa, weil ich Rechtsradikalismus nicht ernster nähme, sondern weil die Bedrohung, die aktuelle Gefährdung von links eben sehr viel größer ist, da sie sehr viel mehr Aufmerksamkeit findet.

Wir müssen deutlich machen: Das jetzt notwendig gewordene Eingreifen des Staates ist nicht das Ende der Sozialen Marktwirtschaft. Auch die Soziale Marktwirtschaft basiert von Anfang an auf der Erkenntnis, dass sich der Markt durch moralisch blinde Übertreibung seines eigenen Prinzips selbst zerstören kann und dass der Staat deshalb Rahmenbedingungen setzen muss.

Ludwig Erhard hat es auf eine einfache Formulierung gebracht: „Freiheit ist mit Ordnung zu verbinden, ... Ordnung ohne Freiheit führt zu Zwang, Freiheit ohne Ordnung droht allzu leicht chaotisch zu entarten.“

Soziale Marktwirtschaft heißt daher nicht: Der Markt regiert allein, heißt nicht: Jeder kann machen, was er will, sondern bedeutet, dass jeder auf den anderen Rücksicht zu nehmen hat, dass die „dritte Idee“ – übrigens ein Wort von Alfred Delp – jenseits von Laissez-faire-Liberalismus und Sozialismus zum Durchbruch kommen muss.

Die dritte Idee ist die Soziale Marktwirtschaft. Walter Eucken, einer der entscheidenden Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft, hat die große Weltwirtschaftskrise von 1929 vor Augen gehabt, als er schrieb: „Die Lenkungsmethoden der Freien Wirt-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

KÖNIGSWINTER

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

17. Oktober 2008

www.kas.de

schaft und der Zentralverwaltungswirtschaft sind gescheitert.“

Dieser Satz, von Eucken nach dem Krieg gesprochen, gilt auch heute. Die Soziale Marktwirtschaft ist ohne Wenn und Aber eine marktwirtschaftliche Ordnung, eine Ordnung, die Gewinnstreben und Kapital nicht verteufelt, sondern auf sie setzt – aber Gewinnstreben und Kapital so in ein System einfügt und begrenzt, dass sie für alle Nutzen bringen. Die Schwungkraft der Wirtschaft, freie Initiativen und Wettbewerb will die Soziale Marktwirtschaft nicht abwürgen. Sie besteht im öffentlichen Interesse, längst nicht nur im privaten, auf einem geregelten Wettbewerb.

Aber wir sind uns bewusst, dass der freie Markt gebraucht wird, weil nur er die Bedürfnisse des Menschen wirklich befriedigen kann. In der DDR herrschte Zwang und man konnte nicht kaufen, was man brauchte, sondern man musste nehmen, was man bekam: Im Sommer die Pelzmützen und im Winter die Badehosen.

Nein, wir brauchen den Wettbewerb, wir brauchen den freien Markt. Aber wir scheuen uns nicht, gleichwohl von einem starken – nicht zu verwechseln mit einem allgegenwärtigen – Staat zu sprechen. Ihm kommt, so Wilhelm Röpke, die Rolle „eines robusten Schiedsrichters [zu], dessen Aufgabe es ist, weder mitzuspielen noch den Spielern ihr Spiel ... vorzuschreiben, der vielmehr in voller Unparteilichkeit und Unbestechlichkeit für die strikteste Einhaltung der Spielregeln ... sorgt.“

Der Schiedsrichter muss die Falschspieler zur Rechenschaft ziehen. Das kann auf verschiedene Weise erfolgen, bis hin zur „Roten Karte“ und bis hin zum „vom Platz Stellen“. Was im Finanzwesen passiert ist, ist nicht die logische Konsequenz unserer marktwirtschaftlichen Ordnung, sondern geschieht wider ihren Geist, weil fundamentale ökonomische Gesetze außer Acht gelassen worden sind. Auch Unwissenheit kann gegenüber den Bankkunden, die sich eingehend über die Risiken eines Finanzproduktes beraten ließen, eine Verletzung der Treuepflicht darstellen.

Mit dem Blick auf die teils abenteuerlich verworrenen Bilanzierungsgepflogenheiten mancher Banken zitiere ich ganz schlicht das Handelsgesetzbuch. In § 238 – nicht jeder liest das jeden Tag, aber man sollte es jetzt zur Kenntnis nehmen – steht bemerkenswerter Weise: „Jeder Kaufmann ist verpflichtet, Bücher zu führen und in diesen seine Handelsgeschäfte und die Lage seines Vermögens nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung ersichtlich zu machen. Die Buchführung muss so beschaffen sein, dass sie einem sachverständigen Dritten innerhalb angemessener Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und über die Lage des Unternehmens vermitteln kann.“

Einfacher, klarer und deutlicher kann man es eigentlich nicht sagen. Wer sich daran nicht hält, bricht ein Gesetz! Und wer ein Gesetz bricht, muss dafür bestraft werden.

Das Weltfinanzsystem ist nicht nur an den Rand des Abgrunds geraten, weil es auf internationaler Ebene zu wenig oder in bestimmten Bereichen ohne Regelungen lebte. Es ist unter Verletzung aller kaufmännischen Gegebenheiten und guter Handelsbräuche dahin gekommen. In dieser Situation dürfen wir die Auseinandersetzung nicht den Demagogen und den Ideologen überlassen. Wir müssen sie selbst führen.

Ich wünsche mir mehr „Augenmaß und Demut“, ein Zitat von Horst Köhler, einem Sachverständigen in dieser Frage. Doch füge ich ausdrücklich hinzu, denn wir sind christliche Demokraten und keine Radikalen: Es gibt auch Banker in Deutschland, die verantwortlich und gut arbeiten, nicht alle sind uneinsichtig. Wenn mich nicht alles täuscht, ist eine Rückbesinnung zu mehr Nachhaltigkeit, Langfristigkeit, Bedachtsamkeit und zur klassischen Dienstleistung im Gange, selbst in Amerika.

Vergessen wir nicht: Banker und ein modernes Bankensystem werden – bei aller notwendigen Reformen der Finanzmarktverfassung – auch künftig lebensnotwendig gebraucht!

Ich halte es für richtig, dass Banker von Instituten, die die Hilfe des Staates in Anspruch nehmen, in ihrem eigenen Einkom-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

KÖNIGSWINTER

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

17. Oktober 2008

www.kas.de

men gedeckelt werden. Ich begrüße, dass das heute von Bundestag und Bundesrat beschlossen worden ist. Und ich halte es ebenso für richtig, dass Bonuszahlungen gestrichen werden und der Staat Einfluss auf die Ausschüttung von Dividenden verlangt, wenn jetzt das Geld des Steuerzahlers die Aktionäre schützen soll.

Die Beteiligung des Staates an den Finanzinstituten darf für die Finanzinstitute nicht bequem sein – weder für das Management noch für die Shareholder. Im Gegenteil: Die Banken sollen den staatlichen Einfluss loswerden wollen. Das ist von uns so gewollt, aber das geht nur, wenn es unbequem ist, den staatlichen Aufseher in der Bank zu haben. Deswegen sollen sie die Anteile des Staates so früh wie möglich zurück kaufen, damit die dafür verbürgten Steuergelder wieder frei werden. Unnötig, in diesem Kreis darauf hinzuweisen, dass es sich um Bürgschaften handelt und dass Bürgschaften etwas anderes sind als Ausgaben für den Konsum.

Gelingt es, die gegenwärtige Krise zu bewältigen und glaubwürdig Konsequenzen zu ziehen, dann wird Schaden von der Sozialen Marktwirtschaft abgewandt. Nach der jüngsten Forsa-Umfrage hat die Linke noch keinen Profit aus der Finanzkrise schlagen können. Nicht ihr, sondern Angela Merkel und der Union wird Lösungskompetenz zugestanden. Es war immer so, wenn es schlechter ging, bekamen die Leute nicht mehr so viel Lust an Experimenten und besannen sich auf die, die das Geschäft verstehen.

Ich stehe nicht an, jetzt zu sagen, dass sowohl Frau Merkel als auch der Bundesfinanzminister in den letzten Wochen eine gute Figur gemacht haben. Was wahr ist, soll man sagen, auch wenn es die Gegenseite mit einbezieht.

Die politische Bildung – und das ist ja die Überschrift über dieses Haus – hat den Auftrag, die gegenwärtigen Prozesse intensiv zu begleiten, zu erklären und zu informieren. Wir haben es mit einer schwierigen Frage zu tun, die sich niemandem leicht in zwei, drei Sätzen erschließt.

Die Gründe für das Eingreifen des Staates müssen offengelegt werden, warum es in dieser Situation und in dieser Höhe notwendig ist einzugreifen, warum die Rettung von Banken kein Selbstzweck ist, den man auch unterlassen kann. Vor allem, dass dem Steuerzahler ein wohl beachtlicher, aber bei weitem nicht der im Raum stehende Gesamtbetrag zur Last fallen wird, dass die Banken keine Blankoschecks erhalten, sondern sich der Staat Einflussmöglichkeiten sichert.

Wir müssen vermitteln, dass die Politik nicht zu Gunsten der Wirtschaft abgedankt hat, wie wir in den letzten Jahren immer wieder hören mussten, sondern dass wir erleben, wenn es ernst wird, der Staat gefordert ist. Allerdings auch, dass Missbrauch und Verantwortungslosigkeit nicht nur bei Politikern vorkommt, sondern auch bei Managern. Auch diese Lehre sollte gezogen werden.

Mit kurzfristigen Maßnahmen allein wird es nicht getan sein. Wir haben in der Tat eine Menge aus der gegenwärtigen Krise zu lernen und wir haben noch viel zu tun.

Es ist nicht so, dass die rechtlichen Grundlagen fehlen, um Manager und Aufsichtsräte in Haftung zu nehmen. Es ist nur von diesen rechtlichen Mitteln zu wenig Gebrauch gemacht worden.

Wir in Deutschland, wenn man es jetzt weltweit betrachtet, beginnen nicht bei Null, sondern verfügen über Sicherungsmaßnahmen. Hätten in Amerika diese Sicherungsmaßnahmen geherrscht, wäre die ganze Krise nicht so eingetreten. Aber weitere Sicherungen müssen in die Finanzverfassung einbezogen werden, und zwar nicht nur deutschland-, sondern europa- und hoffentlich früher oder später weltweit. Auch das ist ein Stichwort zur Globalisierung.

Kohärentes, internationales Vorgehen ist gefragt, wenn wir die Krise wirklich bewältigen wollen. Die Amerikaner haben viel zu lernen und nachzuholen. Aber für Anti-Amerikanismus ist bei dieser Situation kein Anlass, denn transatlantische Gemeinschaft heißt nicht nur, dass man Hilfe empfängt, wenn man Hilfe braucht, sondern dass man auch gemeinsam Krisen meistert, wenn Krisen entstehen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

KÖNIGSWINTER

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

17. Oktober 2008

www.kas.de

Ich bin davon überzeugt, dass die Weltfinanzkrise die Idee der Sozialen Marktwirtschaft am Ende stärken kann. Hätte man Wilhelm Röpke rechtzeitig gelesen, hätte man sich manches ersparen können. Vielleicht gilt es aber wenigstens für die Zukunft: „Worauf es ... ankommt, ist die strenge Regulierung der Knappheit des Geldes. Diese vernünftige Kontrolle der Geldmenge kann aber nicht von der ... freien Konkurrenz, sondern nur von einem sorgfältig erdachten System der Geldregulierung erwartet werden.“ Wie richtig und beherzigenswert!

Sechzig Jahre Soziale Marktwirtschaft – eine Erfolgsgeschichte, die man feiern sollte.
„Was nun?“

Auf dieser Erfolgsgeschichte aufbauen und den Mut haben, mit den Herausforderungen, vor denen wir jetzt stehen, fertig zu werden. Sie sind groß, sie bedrücken manche, aber sie sind bei Gott nicht größer als die, die am Anfang der Sozialen Marktwirtschaft zu bewältigen waren. Man sollte mit der Kenntnis der Sozialen Marktwirtschaft den Heutigen und Künftigen Mut machen, dass man mit solchen Herausforderungen fertig werden kann, wenn man sich selbst anstrengt und über das richtige Konzept verfügt. Und das richtige Konzept bleibt – auch für die Zukunft – die Soziale Marktwirtschaft!
